

Deutschland, den 15. Oktober 2007

Sehr geehrte Mitglieder der demokratischen Parteien Deutschlands im Deutschen Bundestag,  
sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,

in den vergangenen fünf Wochen habe ich mich mehrfach an Sie gewandt, um Sie darauf aufmerksam zu machen in welcher schwerer Weise das neue Aufenthaltsgesetz vom 27.8.2007 in die Freiheitsrechte der Betroffenen eingreift. Es werden die Artikel 1, 2, 3, 6, 11 und 20 unseres Grundgesetzes gebrochen, darüber hinaus verletzt die mit diesem Gesetz herausgegebene Verordnung den durch unsere Verfassung garantierten Vertrauensschutz, denn sie legt fest, dass nun Deutschkenntnisse von Antragsteller eines Ehe- oder Familienvisums sogar rückwirkend ab 28. Mai gefordert werden. Dies traf die Behörden unvorbereitet, weshalb deren Auskünfte bis zum 27.8. und teilweise auch noch danach unvollständig blieben, und trifft die Antragsteller nun um so härter, denn sie müssen nun in kurzer Zeit Deutschkenntnisse erwerben um nicht zu riskieren, dass bereits eingereichte Dokumente wieder ungültig werden. „Elementare Deutschkenntnisse“ klingt einfach, ist aber ohne entsprechende Kurse und Infrastruktur vor Ort kaum zu erreichen. Eine menschliche Integrationspolitik hätte die regionalen Bedingungen im Ausland berücksichtigt und sich für eine große Übergangszeit mit einer eidesstattlichen Erklärung der Antragsteller begnügt, in der diese versichern, diesen Spracherwerb in Deutschland nachzuholen, ehe sie eine Daueraufenthaltsgenehmigung beantragen.

Das Migrationsamt sagt, das neue Gesetz solle vor allem Zwangs- und Scheinehen verhindern. Ein Gesetz, das aber die Schuld der Antragsteller oder deren Partner voraussetzt und darum im Voraus einen Beweis der Unschuld einfordert ist aber mit unserer Verfassung erst recht nicht vereinbar.

**Sie alle haben bis heute auf meine Anfragen nicht reagiert. Daraus schließe ich, dass Ihnen Verfassungsbrüche gleichgültig sind, sofern davon nur Minderheiten betroffen sind, die keine Mehrheiten ändern können.**

Ich möchte Ihnen nun heute, in diesem offenen Brief, über die persönlichen Folgen des neuen Aufenthaltsgesetzes berichten. Chunlin, meine chinesische Verlobte, die ich eigentlich dieser Tage heiraten wollte, hat mir bei unserem letzten Telefonat anvertraut, dass sie große Angst wegen der überraschend aufgetauchten zusätzlichen Forderungen hat (sie kann das auch immer noch nicht recht glauben, da die Auskunft, welche sie noch vor drei Wochen bei einem Telefonat mit der Botschaft erhielt immer noch nichts von erforderlichen Sprachkenntnissen sagte und/oder wusste), daraus schließe ich dass sie bereits mit ähnlichen, wie den folgenden, bei mir verstärkt auftretenden Symptomen zu kämpfen hat:

- Verspannungen und Rückenprobleme
- Probleme mit Appetit, Magen, Verdauung
- Nervosität, Schwindel, Schlafstörungen, erhöhter Blutdruck
- eingeschränkte Konzentrations- und Arbeitsfähigkeit
- **Angst**

Die Angst von Chunlin ist zudem ein Lernhemmnis. Chunlin ging die vergangenen Wochen im Selbststudium sehr neugierig auf die deutsche Sprache zu, ich konnte erleben, wie es ihr Spaß machte neue Redewendungen zu erlernen, an ihrer Aussprache zu feilen. Durch die unerwartete Zwangsmaßnahme des Staates, hat sie nun vor allem Angst, die Anforderungen nicht erfüllen und mich nicht heiraten zu können. Ich hoffe, dass ich ihr dabei helfen kann, diese Angst zu überwinden, obwohl ich sie mit ihr teile. Ich hoffe, dass es sich von alleine bessert, sobald sie einen Kurs oder Lehrer gefunden hat und täglich die Fortschritte erlebt. Vor allem hoffe ich, dass Chunlin in dieser Woche endlich einen geeigneten Lehrer oder Kurs vor Ort finden wird, dies gestaltet sich, wie erwartet schwierig.

Eigentlich sollte ich jetzt in China sein und mit ihr deutsch lernen! Dieses unselige Gesetz und insbesondere die unmenschlich harte Verordnung zur Umsetzung sind eine starke Belastung für die Betroffenen und ihre Beziehungen.

Aber eines steht fest, **mit Angst macht man keine Integrationspolitik!** Man fördert mit der erzwungenen Isolation von einem geliebten Menschen auch garantiert nicht die Integrationsbereitschaft in eine Gesellschaft, die Angst und Isolation als "legitimes Mittel" betrachtet.

Die durch dieses politische und bürokratische Monstrum verursachten psychischen und gesundheitlichen Belastungen sind enorm, wie groß die zusätzlichen finanziellen Belastungen die durch den Zeitdruck nun entstehen sein werden, werde ich noch sehen – diese sind aber noch am leichtesten zu verschmerzen.

**Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Gründerväter der jungen deutschen Republik geschworen, dass die Verbreitung von Angst niemals mehr Mittel deutscher Politik sein dürfe!**

Ich fordere Sie nun auf: Beweisen Sie nicht nur, dass Sie Demokraten sind, sondern zeigen auch, dass Sie noch Menschlichkeit, Anstand und ein funktionierendes Gewissen besitzen. Diese Art der Erzwingung einer Leistung (zum Beweis der Unschuld: keine Zwangs- oder Scheinehe) unter erhöhtem zeitlichem und psychischem Druck grenzt an Nötigung und Amtsmissbrauch, sie quält die Betroffenen in unmenschlicher Weise. So etwas darf auf deutschem Boden nicht passieren und auch nicht von hier in die Welt gehen - stehen Sie endlich auf und beenden es! Danke.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Georg Doll". The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'G'.

Georg Doll